Presse-Gutachter **Günther**
„Bedrohte Freiheit"

PRESSEKONZENTRATION

Beihilfe für Opfer

Es ist sehr unwahrscheinlich", teilte Axel Springer seinen Verlagsangehörigen vor Monaten mit, „daß Anhänger der Anti-Springer-Kampagne einen Bundestagsabgeordneten finden, der bereit wäre, ein Gesetz zur Auflagenlimitierung einzubringen."

Am Dienstag letzter Woche erfüllte sich des Verlegers Wort. Entgegen einer Empfehlung, die eine eigens von der Bundesregierung eingesetzte Pressekommission mit großer Mehrheit verabschiedet hatte, lehnte das Bonner Kabinett jede Begrenzung des Marktanteils einzelner Verleger ab.

Mitte letzten Jahres hatte die Pressekommission, der 16 Verleger, Journalisten, Rundfunk-Intendanten und Vertreter des öffentlichen Lebens angehörten, unter dem Vorsitz des Kartellamts-Präsidenten Eberhard Günther, befunden: „Die Pressefreiheit ... ist bedroht. Es sind daher Maßnahmen erforderlich, die den daraus entstandenen Schaden abwenden können."

Hingegen befand das Kabinett: „Die Freiheit der Bildung der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik" sei durch die Pressekonzentration „nicht gefährdet" und werde es auch „in naher Zukunft" nicht sein.

Die Bundesregierung schlug ohne nähere Prüfung apodiktisch alle Analysen und Vorschläge in den Wind, die Günthers Kommission nach mehr als einjähriger Arbeit auf über 250 Seiten zu Papier gebracht hatte. Die Sachverständigen hatten empfohlen:

- Bei mehr als 20 Prozent Anteil eines Verlegers an der Auflage aller Tages- und Sonntagszeitungen oder Publikumszeitschriften gilt die Pressefreiheit als „gefährdet". Das Ausmaß der Gefahr soll ständig von einem Rat unabhängiger Experten begutachtet werden;
- bei mehr als 40 Prozent Anteil an einem der beiden Teilmärkte ist die Pressefreiheit „beeinträchtigt". Der übermächtige Zeitungskonzern muß durch Gesetz entflochten werden.

Verkauft ein Verleger sowohl Zeitungen als auch Zeitschriften, so sollte die Gefährdungsgrenze auf nur einem Teilmarkt bei 20 Prozent, auf dem zweiten bereits bei 10 Prozent gezogen werden. Wegen Beeinträchtigung der Pressefreiheit sollten Kombi-Verleger ihre Unternehmen entflechten, wenn sie auf einem Teilmarkt mehr als 40 Prozent Anteil und auf dem anderen mehr als 15 Prozent hätten.

Das Urteil der Günther-Kommissare zielte präzise auf Großverleger Axel Springer, der damals über 39 Prozent aller Tageszeitungs-Auflagen und über 18 Prozent der verkauften Publikumszeitschriften gebot.

Noch bevor Günther am 3. Juli 1968 das Zahlenspiel auftragsgemäß der Bundesregierung überreichen konnte, erfüllte der Hamburger Zeitungskaufmann freiwillig die Mindestforderungen der Pressekommissare: Ende Juli 1968 verkaufte er für 120 Millionen Mark seine Zeitschriften „Jasmin", „Eltern", „Bravo", „Twen" und „Neues Blatt". Dadurch magerte seine Zeitschriften-Quote auf 9,6 Prozent ab.

Die Bundesregierung freilich mochte sich nicht zu der Grundsatzfrage äußern, ob, oder gegebenenfalls bei welchem Konzentrationsgrad, sie die Pressefreiheit für gefährdet hält. Auch ein Gesetz, das ein Übersteigen der 40-Prozent-Grenze bei Tages- und Sonntagszeitungen ein für allemal verhindern könnte, hielt das Kabinett für überflüssig.

Rasch einigte sich die Ministerrunde auf einen ledern formulierten Text, den der ehemalige Erhard-Berater und jetzige Ministerialdirektor zur speziellen Verwendung im Presseamt, Dr. Karl Hohmann, sich entrungen hatte: „Die Entwicklung der Anteile einzelner Unternehmen an den Gesamtauflagen in den zwei Sektoren Zeitungen und Zeitschriften spiegelt das wettbewerbsbestimmende Geschehen auf den relevanten Pressemärkten nicht ausreichend wider."

Die Reverenz an Axel Springer garnierte die Bundesregierung mit Versprechungen an die künftigen Springer-Opfer. Deutsche Klein- und Mittelverleger, deren Zeitungen in einer Auflage von weniger als 160 000 Exemplaren erscheinen, sollen künftig eine Investitionszulage von zehn Prozent erhalten, in Härtefällen: Kredite.

Auch Deutschlands Journalisten sollen im Wahljahr nicht zu kurz kommen. „Die Bundesregierung", so Hohmann, „mißt allen Fragen, die die berufliche Stellung der Journalisten betreffen, besondere Bedeutung zu." Vor allem empfehle sie eine bessere Altersversorgung für Redakteure.

Der gebremste Bremser Günther, den Bonns Presseamts-Chef Diehl nicht wie versprochen noch einmal konsultiert hatte, wunderte sich nicht: „Ich bin es ja gewohnt, geprügelt zu werden."

ORDEN

War dran

Willy Brandts Auswärtiges Amt hatte sich nichts dabei gedacht: Eine „reine Routine-Angelegenheit" sei es gewesen, daß Bonns Madrid-Botschafter Hermann Meyer-Lindenberg am Mittwoch letzter Woche dem Informationsminister der Franco-Diktatur, Manuel Fraga Iribarne, das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband umhängte.

Die Ehrung des Ministers war von Meyer-Lindenberg selbst im Oktober letzten Jahres angeregt worden, kurz vor Kanzler Kiesingers Reise in die iberischen Polizeistaaten. Und das AA stimmte zu: „Fraga war dran."

Warum, das hatte der Botschafter seiner Zentrale in Erinnerung gerufen:

- Fraga habe sich „seit Jahren um die deutsch-spanischen Beziehungen verdient gemacht";
- er besitze „zur deutschen Kultur besonders vertiefte Verbindung" (drei seiner Kinder gehen in die deutsche Schule in Madrid, er regte eine deutsche Buchausstellung in Madrid und Barcelona an);
- er habe „den Besuch Alt-Kanzler Adenauers 1967 in Spanien vorbildlich vorbereitet und organisiert".

Überdies, so Meyer-Lindenberg, gehöre der Ordenskandidat zu „den liberalsten Männern Spaniens, die sich stark für die Europäisierung eingesetzt haben". Fraga habe die Aufhebung der Presse-Vorzensur 1966 durchgesetzt.

Unerwähnt blieb die für Bonn peinliche Rolle, die Fraga während der SPIEGEL-Affäre gespielt hatte. Als damals die Anstifter der Affäre zu vertuschen suchten, daß und wie sie die Festnahme von Conrad Ahlers im spanischen Torremolinos bewerkstelligt hatten, stellte sie der Minister zum Schutz seiner eigenen Regierung bloß: Er enthüllte, daß entgegen allen deutschen Dementis die Festnahme doch über den Interpol-Draht angemahnt worden war.

Dekorierter Franco-Minister **Fraga** (r.)*
„Schmähliches Vorgehen"

* Mit Bonns Madrid-Botschafter Meyer-Lindenberg.

Den Ordens-Antrag gab das Bonner Außenamt im November befürwortend an das Präsidialamt weiter, dessen Ordenskanzlei ihn dem Bundespräsidenten zur Unterzeichnung vorlegte. Heinrich Lübke signierte.

Dem Präsidenten fiel es nicht ein, dem spanischen Faschisten die Auszeichnung zu verweigern, wie er es bei deutschen Linken gelegentlich tut. Als die Professorin Klara Marie Faßbinder, 79, vor zwei Jahren für ihre Claudel-Übersetzungen den französischen Orden „Palmes académiques" erhalten sollte, versagte Lübke seine nach dem deutschen Ordensgesetz erforderliche Zustimmung.

Freilich, bei Klara Faßbinder war Schlimmes im Spiel. Lübke: „Unter Kommunisten tritt sie als fromme Katholikin auf, und bei den Katholiken ist sie eine stramme Kommunistin. Das ist nicht zu überbietende Falschheit." Solche Arglist war bei dem Katholiken Fraga nicht zu befürchten.

Die Ordensverleihung hatte denn auch gute Chancen, ohne viel Aufhebens vonstatten zu gehen. Immerhin waren zwei Franco-Granden Ende 1968 anstandslos auf gleiche Weise ausgezeichnet worden:

- Vizepräsident Admiral Carrero Blanco, dem Kiesinger das Bonner Kreuz im Austausch gegen das spanische Großkreuz „Isabel la Católica" verlieh;
- Landwirtschaftsminister Díaz Ambrona, der den Orden auf Vorschlag seines Kollegen Höcherl erhielt.

Die Dekoration prominenter Franco-Anhänger wäre zur Bonner Routine geworden, wenn nicht wenige Wochen vor der Überreichung des Ordens an Fraga die Madrider Regierung den Ausnahmezustand verhängt, Studenten und Gewerkschafter verhaftet hätte (siehe Titelgeschichte Seite 94).

Nun erregten Fragas Schulterband und Stern denn doch Aufmerksamkeit. In der vergangenen Woche stellten die SPD-Bundestagsabgeordneten Joachim Raffert und Hans Matthöfer, der wegen seines langjährigen Engagements für den spanischen Widerstand in der SPD-Fraktion „Der Abgeordnete von Barcelona" genannt wird, Dringlichkeits-Anfragen im Parlament. Raffert will unter anderem wissen, wie künftig die „Überreichung von Bundesverdienstorden an Angehörige von Regierungen ... die in ihrem Lande den Ausnahmezustand verhängt haben", unmöglich gemacht werden soll.

Karl Gerold, 62, Herausgeber der „Frankfurter Rundschau" und selbst Träger des Verdienstkreuzes, nannte in seinem Blatt die Ehrung des Ministers, „der im diktatorischen Spanien des Generals Franco dieselbe Rolle spielt, wie sie bei uns der unselige Goebbels gespielt hat", ein „schmähliches Vorgehen".

Und deshalb, so Gerold, „sende ich mit gleicher Post ... den mir verliehenen Orden an den Herrn Bundespräsidenten zurück."

LÜBKE-REISE

Ruhe eines Bauern

Geier kreisten träge, Windstöße wirbelten Wolken von Sand um die Lehmhütten des Sahara-Ortes Zinder tief im Süden der zentralafrikanischen Niger-Republik. Vor Tuaregs und Haussa, die in stoischer Ruhe auf ihren Kamelen und Pferden hockten, dankte Heinrich Lübke, 74, am Dienstag letzter Woche bei 38 Grad im Schatten dem Ortsleiter der Staatspartei, „daß Sie für die deutsche Situation so viel Verständnis gezeigt haben".

Auf seiner letzten Präsidenten-Tournee vier Wochen vor der Wahl des Nachfolgers (Ziele: Elfenbeinküste, Niger und Tschad) bot Lübke absurdes Theater: Er gab den Rufer in der Wüste für die Wiedervereinigung.

Auf 13 Visiten in 28 Staaten hatte der Bundespräsident bereits 10 633 000 Mark verreist, doch er hat noch immer nicht genug. Beim Empfang in der Residenz des nigrischen Staatspräsidenten Diori Hamani enthüllte Lübke, wie er sich nach dem Auszug aus der Villa Hammerschmidt am 1. Juli dieses Jahres seine Zukunft als Repräsentant der Uno-Welternährungsorganisation FAO vorstellt: „Auf das Amt des Bundespräsidenten bin ich gar nicht angewiesen, ich werde auch später noch viel verreisen, für die FAO."

Auf seinem letzten Präsidenten-Trip freilich empfahl sich der Alte aus dem Sauerland nicht für weitere Missionen.

In Abidjan an der Elfenbeinküste mußte Staatschef Felix Houphouet-Boigny, der einst in Paris mehrfach Kabinettsposten bekleidet hatte, die Unterhaltung fast allein bestreiten. Kam das Wort an den Gast, dann schwieg Lübke minutenlang oder lenkte auf landwirtschaftliche Probleme, speziell Wasserversorgung durch Brunnenbohrung: „Hat man denn da schon versucht, unter die Decke zu kommen?"

Einer von Houphouets Ministern über Lübke: „Er hat die große Ruhe eines Bauern."

In Niamey, der Hauptstadt des Niger, wiederholte sich die Szene. Bonns Entwicklungshilfe-Minister Eppler, der Lübke begleitete: „Die Präsidenten finden es etwas langweilig, aber sie schätzen Lübkes Einfachheit."

Davon gab der Besucher Proben genug. So grübelte er beispielsweise über mangelnde Eiweiß-Versorgung der Menschen in Entwicklungsländern: „Wenn man das verschickt, weiß man nicht, was damit geschieht. Wenn es ihnen schmeckt, schütten sie Wasser drüber und trinken es, dann nützt es nichts." Und vor Entwicklungshelfern in Abidjan: „Ich hatte einmal genug

Staatsbesucher **Lübke, Ehefrau,** Niger-Präsident **Hamani:** „Prächtige Stücke"

Eiweiß gehabt, aber da wußte ich nicht, an wen ich es geben sollte. Es hätte ja sein können, daß der, der es kriegt, alles selber ißt."

Kann Lübke in den Entwicklungsländern Fortschritt registrieren, spart er nicht mit kräftigem Lob. Als ihm in der nigrischen Wüstensiedlung Tahoua die Ärzte eines von Deutschen geleiteten Krankenhauses berichteten, daß dort auch afrikanische Hebammen ausgebildet worden seien, erinnerte sich der Bundespräsident: „Ja, die habe ich gesehen. Prächtige Stücke."

Die Ärzte zeigten ihm auch einen Tuareg, dem beim Kampf um Brunnenwasser durch einen Säbelhieb der rechte Arm zerschmettert und für immer gelähmt worden war. Lübke erkundigte sich nach dem Alter des Verletzten und erfuhr, er sei 23 Jahre alt. Darauf der Bundespräsident: „Kann man ihn denn dann studieren lassen?"

Lübke genoß es, wenn ihm bei der Ankunft an einem neuen Reiseziel die Bevölkerung zujubelte. Eingehend befragte er deutsche Entwicklungshelfer über die Verehrung, die afrikanischen Dorf- und Familienältesten zuteil wird, und befand voll Wehmut: „In der Beziehung sind die afrikanischen Staaten uns voraus. Bei uns gibt es keinen Respekt vor dem Alter."